

20. September 2021

Stellungnahme der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege – Spitzenverbände im Land Brandenburg

Menschen aus Afghanistan in Brandenburg eine Perspektive geben

Nach einem zwei Jahrzehnte währenden Militäreinsatz der westlichen Staaten, hat sich die Situation in Afghanistan binnen nur weniger Wochen grundsätzlich und auf unbestimmte Zeit verändert.

Kurz nachdem die aus Kabul evakuierten Menschen in der Erstaufnahmeeinrichtung (EAE) Brandenburg ankamen, bot Innenminister Stübgen dem Bund die dauerhafte Aufnahme dieser Personen an. Die ersten der insgesamt 266 Personen haben die EAE bereits verlassen und wurden teilweise auch auf andere Bundesländer verteilt, der Großteil soll aber in Brandenburg bleiben.

Aus Sicht der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege muss ihnen ein schnelles unbürokratisches Ankommen ermöglicht und eine bedarfsgerechte Unterstützung geboten werden. Darüber hinaus müssen vor dem Hintergrund der sich dramatisch veränderten Lage in Afghanistan, die Lebensrealitäten der hier lebenden Menschen aus Afghanistan neu bewertet werden und entsprechende Maßnahmen ergriffen werden.

Koordiniertes Vorgehen, um Perspektiven zu bieten

Die afghanischen Ortskräfte standen und stehen in der aktuellen Diskussion im Fokus, dabei lässt sich anhand der Statistiken des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge nachvollziehen, dass der angekündigte Truppenabzug einen erheblichen Anstieg an Asylanträgen von Afghaninnen und Afghanen nach sich zog. Waren es im gesamten Jahr 2020 insgesamt 9.901 Asylanträge, so wurden allein im ersten Halbjahr 2021 bereits 11.030 Asylanträge von Afghaninnen und Afghanen gestellt. Laut MSGIV lebten Mitte 2020 über 7.300 Menschen aus Afghanistan in Brandenburg.

Die LIGA ist der Auffassung, dass es sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene eines koordinierten Vorgehens zur schnellen und nachhaltigen Integration bedarf. Bezogen auf Brandenburg bedeutet dies, schnell einen strategischen Dialog zwischen Ministerien und Behörden des Landes sowie der Landkreise und Kommunen unter Einbezug der Zivilgesellschaft zu führen. Ziel muss es dabei sein, die Bedarfe der neuen sowie bereits länger hier lebender Afghaninnen und Afghanen (besser) zu identifizieren und Maßnahmen zu entwickeln, die diesen Menschen eine Perspektive in Brandenburg bieten.

Ankommen ermöglichen, Angebote bedarfsgerecht gestalten

Die LIGA der freien Wohlfahrtspflege begrüßt den Schritt, Verantwortung für die Ortskräfte aus Afghanistan zu übernehmen und unterstützt die Landesregierung dabei ein gutes Ankommen in Brandenburg zu ermöglichen. Hierzu ist es insbesondere notwendig bedarfsgerechte Beratungs- und Unterstützungsangebote zu bieten. Die Migrationssozialarbeit werden auch für diese Menschen die ersten Anlaufstellen sein, sehen sich allerdings durch die Bedarfe der Neuankommenden besonders herausgefordert.

In den Landkreisen und kreisfreien Städten, gilt es nun, Angebote und Projekte zu konzipieren, um eine schnelle Anbindung im Sozialraum zu erreichen. Hierbei muss Berücksichtigung finden, dass es sich bei der Hälfte der aufgenommenen Personen um Kinder handelt, entsprechende Betreuungsangebote müssen vorgehalten werden.

Die LIGA ist der Ansicht, dass in den aktuellen Haushaltsverhandlungen diesen neuen Gegebenheiten Rechnung getragen werden muss. Eine Kürzung der Mittel der Migrationssozialarbeit II sowie des Integrationsbudgets darf vor diesem Hintergrund nicht erfolgen und lässt sich kaum mit dem Angebot der Landesregierung an den Bund, Verantwortung für die evakuierten Menschen zu übernehmen, vereinen.

Landesaufnahmeprogramm für Menschen aus Afghanistan

Nicht nur die evakuierten Menschen, sondern auch die über 7.300 in Brandenburg lebenden Menschen aus Afghanistan haben Familie und Kinder zurücklassen müssen, eine sichere Rückkehr nach Afghanistan wird nun noch unwahrscheinlicher. Gleichzeitig leben weiterhin viele Menschen in Afghanistan, die sich für die westlichen Streitkräfte betätigt und für Menschenrechte sowie eine offene Gesellschaft eingesetzt haben.

Vor diesem Hintergrund sehen es die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege als dringend notwendig an, ergänzend zum langwierigen und schwierigen Familiennachzug, einen sicheren Weg nach Brandenburg für besonders vulnerable Personen zu bieten und die Aufnahme im Rahmen eines Landesaufnahmeprogramms zu ermöglichen. Die Landesregierung sollte sich beim Bundesinnenministerium dringend dafür einsetzen Landesaufnahmeprogrammen zuzustimmen.

Kontakt

Peter Botzian
Vorsitzender des LIGA Fachausschuss Migration

p-botzian@caritas-berlin.de

